



Raus aus dem Schattendasein

Zweimal im Jahr steht die Sicherheit des Straßenverkehrs im Fokus des öffentlichen Bewusstseins. Mitte Februar, wenn der Innenminister die Verkehrsoferzahlen des Vorjahres bekannt gibt, und meistens im Juni oder Juli, wenn mitten im Sommerloch wieder einmal eine Zeitung die angebliche Abzocke der Autofahrer bei Geschwindigkeitskontrollen entdeckt hat. Aber sonst redet kaum jemand über Sicherheit im Straßenverkehr. Und selbst in der internen Wahrnehmung innerhalb der Polizei spielt der Bereich Verkehr eher eine untergeordnete Rolle. Das Verkehrs-Forum des GdP-Landesbezirks will das ändern.

Das Ziel ist ehrgeizig: Seit 1970 ist die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Menschen in Nordrhein-Westfalen von 4632 auf 687 im vergangenen Jahr gesunken. Bis Ende 2010 soll die Zahl der Todesopfer noch weiter sinken. Sie soll laut einem Plan der EU in allen Mitgliedsländern dann nur noch halb so hoch sein, wie am Anfang dieses Jahrzehnts. Das wären bezogen auf NRW höchstens 500 Verkehrstote pro Jahr. Zudem soll auch die Zahl der im Straßenverkehr Verletzten bis dahin deutlich sinken. Sie liegt mit 66 000 Leicht- und 13 700 Schwerverletzten allein in NRW noch immer fast auf dem gleichen Stand, wie er bereits Mitte des Jahrzehnts erreicht worden ist. Seither hat sich kaum etwas getan, trotz des in den vergangenen Jahren erzielten technischen Fortschritts.

Um das Ziel niedrigerer Opferzahlen zu erreichen, müsste deshalb mehr in die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei investiert werden. Denn nach den großen Sprüngen in den siebziger und achtziger Jahren, die vor allem durch die Weiterentwicklung der technischen Unfallprävention ermöglicht wurden, vom Sicherheitsgurt bis zur Perfektionierung der Knautschzone, ist eine weitere Senkung der Verkehrsoferzahlen jetzt nur noch Schritt für Schritt möglich. Durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, vom Fahrzeugbau über eine verbesserte Straßenführung bis zu ausgefeilten Maßnahmen der Verkehrsentsflechtung und -beruhigung. Und durch gezielte Kontrollmaßnahmen. Denn ohne eine konsequente Verkehrsüberwachung, darin sind sich alle Fachleute einig, bleibt das Ziel einer Halb-

berung der Zahl der Verkehrstoten eine Illusion. Und das gilt nicht nur im Hinblick auf die Bekämpfung der Hauptunfallursachen, überhöhte Geschwindigkeit und Alkoholmissbrauch am Steuer. Ohne einen konsequenten Ausbau der Verkehrssicherheitsar-

eintägigen Verkehrs-Forum des GdP-Landesbezirks am 1. Oktober in Düsseldorf stehen deshalb drei Fragen im Vordergrund: Wie kann der Straßenverkehr in NRW sicherer gemacht werden? Welches Verhältnis von Prävention und Repression ist dazu notwendig? Und wie kann die Ausrüstung der Polizei so verbessert werden, dass die im Verkehrsdienst eingesetzten Beamtinnen und Beamten nicht selbst gefährdet werden? Zudem wollen die rund 80 Polizeibeamtinnen und -beamten aus dem Verkehrsdienst in NRW, die bei dem Forum erwartet werden, gemeinsam mit Verkehrsexperten aus anderen Verbänden und dem Innenministerium auch über Detailfragen der Verkehrspolitik diskutieren. Über Maßnahmen gegen die steigende Zahl der Unfallopfer durch den Lkw-Verkehr und unter den Motorradfahrern, über die Wirkung von Schockvideos auf Fahreranfänger und die Notwendigkeit der polizeilichen Ansprache nach Geschwindigkeitsmessungen.

Eine Rolle in den Diskussionen des Verkehrsforums dürften auch die Folgen eines Urteils des Landesgerichts Hamm vom 18. August dieses Jahres zum so genannten Richtervorbehalt bei der Entnahme von Blutproben spielen (siehe Seite 6). Die GdP fürchtet, dass aufgrund des Urteils Blutproben bei Alkoholsündern im Straßenverkehr während der Nachtstunden im Moment kaum noch genommen werden können. Die Straftaten blieben dann ungeahnt, und das bei einem Massenphänomen: 9104 Verkehrsunfälle wurden allein im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen unter Alkoholeinfluss verursacht. 6195 weitere durch andere berauschende Mittel. Die Zahl aller im gleichen Zeitraum wegen Verkehrsdelikten angeordneten Blutproben liegt sogar noch höher, bei 28 659. Und trotzdem wollen Justiz- und Innenministerium bis Jahresende warten, um zu entscheiden, wie sie auf das Hammer Urteil reagieren wollen. Ein unhaltbarer Zustand, wie die GdP kritisiert.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

beit der Polizei wird es deshalb keine weiteren Fortschritte bei der Senkung der Opferzahlen im Straßenverkehr geben. Und auch nicht ohne einen höheren Stellenwert des Bereichs Verkehr bei der Polizei. Auf dem



Auch Nichtstun kann tödlich sein

Die Gelassenheit, mit der das Justiz- und das Innenministerium auf das Hammer Urteil zum Richtervorbehalt reagieren, ist bezeichnend. Es wird noch geprüft, wie die Justizverwaltung auf das Urteil reagieren soll. Und das kann dauern. Mindestens bis zum Jahresende. Und selbst dann ist nicht sicher, ob es für alle Polizeibehörden eine Lösung geben wird. Ob zumindest ab diesem Zeitpunkt überall ein Richter für die Polizei erreichbar ist, wenn sie ihn braucht, um Beweise für die Ahndung einer Straftat zu sichern. Und was macht der Innenminister? Er wartet ab. Er wartet ab, was seine Ressortkollegin unternimmt. Und bis dahin lässt er die Polizeibeamtinnen und -beamten im Regen stehen. Er lässt sie selbst entscheiden, wie sie reagieren sollen, wenn sie eine Alkoholprobe vornehmen lassen müssen, obwohl kein Richter erreichbar ist. Das Risiko, trotz hohem Alkoholkonsum Auto zu fahren, sinkt damit faktisch gegen Null. Zumindest in den Nachtstunden. Ein

Nichtstun, das tödlich enden kann, wie ein Blick in die Unfallstatistik zeigt.

Das Versagen bei der Sicherstellung der Erreichbarkeit der Gerichte ist nur ein Indiz von vielen, wie wenig ernst das Innenministerium den Bereich Verkehr nimmt. Aber es ist ein bezeichnendes. Denn das Hammer Urteil ist nicht über Nacht gekommen. Bereits vor Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht ähnlich entschieden, die Hammer Richter haben darauf in ihrem Urteil nur verwiesen. Nicht nur das Justizsondern auch das Innenministerium hatten also Zeit genug, sich auf die sich verändernde Rechtslage einzustellen. Genutzt haben sie diese Chance nicht. Hätte der Bereich Verkehr bei der Polizei den Stellenwert, der ihm eigentlich zusteht, hätte das Ministerium wesentlich eher auf die beiden Urteile reagiert. Das Problem, jetzt quasi über Nacht Lösungen finden zu müssen, wäre gar nicht erst entstanden. Aber aus Fehlern kann man ja auch lernen. Zum



Frank Richter hält den Bereich Verkehr bei der Polizei für unterbewertet.

Beispiel die simple Erkenntnis, dass mehr Aufmerksamkeit für die Verkehrsarbeit der Polizei zu sichtbar besseren Ergebnissen führt. Und dass das Sicherheitsempfinden der Menschen nicht nur davon abhängt, ob sie durch Mord und Totschlag bedroht werden, sondern auch davon, ob sie eine Straße sicher überqueren können.

Anzeige



AHG Klinik Berus

Europäisches Zentrum für Psychosomatik und Verhaltensmedizin

Wir arbeiten nach einem wissenschaftlich begründeten verhaltenstherapeutischen Konzept. Betreut werden Sie von einem qualifizierten Behandlungsteam, bestehend aus Fachärzten und Dipl.-Psychologen, Sport- und Bewegungstherapeuten sowie Ergo- und Physiotherapeuten.



Die AHG Klinik Berus ist Ihr Spezialist für

- ▲ Burnout
- ▲ Posttraumatische Belastungsstörungen
- ▲ Mobbing und Arbeitsplatzkonflikte
- ▲ Chronischer Tinnitus

Kostenträger:
Die AHG Klinik Berus wird von Privaten Krankenversicherungen als sogenannte „gemischte Krankenanstalt“ anerkannt und belegt. Sie ist beihilfefähig gemäß § 7 der Beihilfeverordnung (BhVO).
Wir sind gerne bereit, Sie bezüglich notwendiger Kostenträgerübertragungen umfassend zu beraten. Bitte wenden Sie sich hierzu an unser Chefarzt-Sekretariat, Frau Steffens, unter Telefon (06836) 39-186.

AHG Klinik Berus
Orannastraße 55
D-66802 Überherrn-Berus
Tel.: (06836) 39-0
Fax: (06836) 39-178
E-Mail: klinikberus@ahg.de
Internet: www.ahg.de/berus

Vorsicht Urlaub

„Ab Montag habe ich Urlaub, also buche ich für Samstag einen Flug“. Diese Idee kann für Polizeibeamte teuer werden, denn sie können auch kurzfristig für das dem Urlaub vorhergehende Wochenende zum Dienst verpflichtet werden. Ein Anspruch auf Kostenerstattung entsteht dadurch nicht. Darauf macht die GdP ihre Mitglieder aufgrund der aktuellen Rechtsprechung aufmerksam. Wer auf der sicheren Seite sein will, muss bei einem Urlaubsantritt am Wochenende für den vorhergehenden Freitag ebenfalls Urlaub beantragen.

Zurück an Rhein und Ruhr

Vier Jahre hat Andreas Nowak, 51, als Leiter der Rechtsabteilung und als Justiziar des GdP-Bundesvorstands in Berlin gearbeitet, davor seit 1993 in gleicher Funktion in Hilden. Jetzt zieht es den bekennenden Ruhrgebiets-Anhänger wieder zurück an Rhein und Ruhr: Ab dem 1. Oktober wechselt Andreas Nowak, der nach einem Jura-Studium erst für den DGB-Rechtsschutz in Thüringen gearbeitet hat, bevor er zur GdP gekommen ist, zum Landesbezirk NRW. Er folgt Dieter Goertz, der Ende Oktober aus dem aktiven Dienst der GdP ausscheidet.



Karlsruhe schafft neue Hürden

Die mögliche Teilnahme einer größeren Zahl von Anhängern der als gewaltbereit bekannten „Autonomen Nationalisten“ an einer Demonstration begründet für sich genommen noch nicht die Annahme, dass von der Demonstration eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgeht. Mit diesem Argument hat das Bundesverfassungsgericht in einer Eilentscheidung ein vom Dortmunder Polizeipräsidenten erlassenes Verbot eines rechtsextremistischen Aufmarsches am 5. September aufgehoben.

Begründet hatte der Dortmunder Polizeipräsident das Demonstrationsverbot auch mit den gewaltsamen Übergriffen von Rechtsextremisten auf die 1.-Mai-Demonstration im Frühjahr. Dies ließen die Karlsruher Richter nicht gelten. „Keine der von der Versammlungsbehörden aufgeführten Äußerungen und Aufrufe aus

der Szene der Autonomen Nationalisten im Internet weist einen Bezug zu der konkret geplanten Versammlung auf“, heißt es in der Urteilsbegründung. Zudem seien



die sogenannten Antikriegstags-Versammlungen der Rechten in den vorangegangenen Jahren friedlich verlaufen.

Dass sich die Rechtsextremisten trotz der Aufhebung des Demonstrationsver-

bots nur auf einem abgelegenen Parkplatz versammeln konnten, statt wie geplant durch die Stadt zu ziehen, ist vor allem den Dortmunder Bürgern zu verdanken. Zahlreiche Initiativen, darunter auch der DGB und die Stadt Dortmund, hatten zu Gegenveranstaltungen im gesamten Stadtgebiet aufgerufen. Zu deren Rednern gehörte auch der Dortmunder GdP-Vorsitzende Werner Dominke. Zudem war die GdP mit mehreren Betreuungsteams unterwegs, um die rund 4000 in Dortmund eingesetzten Polizeibeamten zu unterstützen.

Trotz des friedlichen Verlaufs des Großteils der Gegendemonstrationen kam es vereinzelt zu Übergriffen gewaltbereiter Gruppen auf die Polizei, überwiegend aus dem linken Lager. Zehn Polizeibeamte wurden verletzt, 15 Fahrzeuge beschädigt.

Freitagsspiele notfalls verschieben

Die Gruppe gewaltbereiter Fußballfans ist nur eine kleine Minderheit, aber sie beginnt zunehmend die Situation in den Stadien und deren Umfeld zu prägen. In dieser Einschätzung waren sich Hundertschaftsführer der Polizei, die in NRW regelmäßig die Spiele der Bundesliga-Vereine begleiten, Einsatzleiter des Innenministeriums, Mitglieder der Fan-Initiativen und Vertreter des DFB beim Fußball-Forum des GdP-Landesbezirks Ende August in der Gelsenkirchener Veltins-Arena einig. Und in der Erkenntnis, dass alle Beteiligten – Polizei und Kommunen, Fußballvereine und Fan-Initiativen – enger zusammenarbeiten müssen, wenn die Situation im Umfeld der Stadien nicht weiter eskalieren soll. Vor allem wenn verhindert werden soll, dass die Polizei von radikalisierten Fußballfans immer mehr zum Feindbild stilisiert wird, deren bloßes Erscheinen von ihnen bereits als Provokation empfunden wird.

Die GdP nutzte das Forum, um noch einmal für ihre Ideen zur Eindämmung der Gewalt bei den Fußballspielen zu werben. Neben einer personellen Verstärkung der Polizei von 18 auf 21 Hundertschaften gehört dazu auch die Forderung an den DFB, Fußballspiele, bei denen nach den Erfahrungen der Vergangenheit mit einem besonders hohen Gewaltpotenzial gerechnet werden

muss, nicht ausgerechnet an einem Freitagabend anzusetzen, wenn die Stimmung durch größeren Alkoholkonsum ohnehin bereits angeheizt ist. Zudem hält die GdP bei sensiblen Spielen den Einsatz von Fußball-Staatsanwälten für erforderlich, die bei gewalttätigen Auseinandersetzungen unmittelbar vor Ort reagieren können. „Schwere Straftaten im Umfeld der Spiele ließen sich so schneller ahnden. Das würde wesentlich zur Deeskalation der Situation beitragen“, begründete Adi Plickert, Mitglied des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands, die Forderung der GdP. Auch wenn nicht alle Teilnehmer des Fußball-Forums die Forderungen der GdP im Detail teilten, waren sie sich in einem Punkt einig: Der in Gelsenkirchen begonnene Dialog soll fortgesetzt werden.



Auch in den Pausen ging die Diskussion zwischen den Teilnehmern des Fußball-Forums weiter: Der Mönchengladbacher Hundertschaftsführer Heinrich Lennartz im Gespräch mit dem Sicherheitsbeauftragten des DFB, Helmut Spahn.

Drei Konferenzen auf einen Schlag

Drei Personengruppen gibt es in der GdP: Frauen, Senioren und die Junge Gruppe. Alle drei Personengruppen haben ihre Mitglieder im Oktober zu ihrer Landeskonferenz eingeladen: die

Frauen für den 7. Oktober nach Dortmund, die Senioren für den 13. Oktober nach Münster und die Junge Gruppe für den 16. und 17. Oktober nach Kamen.

Dort geht es nicht nur um die Neuwahl des Gruppenvorstands, sondern auch um die Vorbereitung des Landesdelegiertentags der GdP im April nächsten Jahres.

Auch 55-Jährige aufnehmen

Unter dem Motto „Unsere Chance – aktiv bleiben – mitgestalten, mitmachen, mitbestimmen“ startete im Oktober 2005 der jetzt ausscheidende Landesseniorenvorstand seine Amtsperiode. Dass der Landeseniorenvorstand das Motto ernst genommen und versucht hat, entsprechende Erfolge für die Mitglieder der Seniorengruppe zu erreichen, ist eines der Themen des Geschäftsberichtes für die Landesseniorenkonferenz in Münster. Sie findet im Vorfeld des Landesdelegiertentages sowie der Bundeseniorenkonferenz der GdP am 13. Oktober unter dem Motto „Mit uns sicher in die Zukunft!“ im LAFP-Bildungszentrum Carl Severing statt. Unter den Anträgen, die die Delegierten beraten werden, sind vor allem die beiden Leitträge von größerer Bedeutung. Im ersten Leittrag wird eine

Satzungsänderung vorgeschlagen, nach der künftig auch ehemals Beschäftigte der Polizei (wieder) Mitglied der GdP werden können. Das ist nach der Landes-Satzung der GdP bislang nicht möglich. Die beantragte Satzungsänderung entspricht dem Text der Bundes-Satzung der GdP. Sie soll die Aufnahme der neuen Mitglieder in einer Vollmitgliedschaft ermöglichen.

Der zweite Leittrag fordert ebenfalls eine Satzungsänderung: Mitglieder der GdP sollen in Zukunft – sofern sie das 55. Lebensjahr vollendet haben – automatisch der Seniorengruppe angehören. Damit würde die Zahl der Mitglieder der Seniorengruppe von derzeit 8000 auf rund 12 000 steigen.

Ziel der Satzungsänderung ist die aktive Teilnahme von „jungen Senioren“ an der Seniorenarbeit der GdP. Zudem würden so

die Möglichkeiten zur Gewinnung von ehrenamtlich Aktiven im Seniorenbereich deutlich verbessert werden. Die geplante Herabsetzung der Altersgrenze entspricht zudem den Regelungen, die auch in anderen gesellschaftlich relevanten Organisationen und Gruppierungen gelten, wie zum Beispiel in den Parteien. Zudem steht in Münster die Wahl des Landesseniorenvorstands auf der Tagesordnung der Konferenz. Der bisherige Seniorenvorsitzende Dieter Gier, sein Stellvertreter Klaus Dyba und der Beisitzer für den BV Köln, Manfred Luermann, treten nicht mehr an. Für die Funktion des Vorsitzenden gibt es mit Anton Wiemers und mit Dieter Becker zwei Kandidaten. Für den stellvertretenden Vorsitz kandidiert Bernd Heckenkemper, als Schriftführer Klaus Böckmann.

Work-Life-Balance – von der Arbeitszeitgestaltung zum Gesundheitsmanagement

Drei Themen stehen bei der Landesfrauenkonferenz im Vordergrund: der drohende Stellenabbau im Tarifbereich (Deutsche Polizei 7/2009), der Abbau frauendiskriminierender Beförderungshürden bei der Polizei (8/2009) und die Entwicklung eines auf die spezifischen Belastungen des Polizeiberufs zugeschnittenen Gesundheitsmanagements. Elisabeth Schulte, Mitglied des Landesbezirksfrauenvorstands der GdP, erläutert, worum es dabei geht:

Die zunehmende Belastung der Kolleginnen und Kollegen in Bezug auf eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch die demografische Entwicklung, die längere Lebensarbeitszeit und eine stetig wachsende Arbeitsintensität sind nur einige Attribute einer Arbeitswelt, die mit hohem menschlichen Verschleiß einhergeht. Die Behörden sind deshalb dringend gefordert, ihrer Verpflichtung zur Verbesserung der Rahmenbedingun-

gen von Arbeitszeit und Gesundheit nachzukommen.

Ein Weg dazu ist die intelligente Differenzierung der Arbeitszeit. Durch mehr Vielfalt und Flexibilität könnte ein arbeitszeitpolitischer Kulturwandel eingeleitet werden. Denn eines ist klar: Dass die Beschäftigten im Zuge des demografischen Wandels länger arbeiten sollen, bedeutet nichts anderes als eine zusätzliche Arbeitsbelastung. Damit die Beschäftigten das durchhalten können, brauchen wir innovative Arbeitszeitregelungen, die belastungs- und altersabhängig ausgelegt sind. Zugleich muss verhindert werden, dass es dabei zu einem kurzfristigen Kompensationsgeschäft kommt, bei dem im Gegenzug für die Arbeitszeitreduzierung besonders belasteter älterer Kolleginnen und Kollegen die Jüngeren länger arbeiten müssen.

Eine weitere Herausforderung ist die Umsetzung eines präventiven Gesund-

heitsmanagements in den Behörden. Arbeitsverdichtung und Stress, prekäre Arbeitsverhältnisse und Überbeanspruchung führen zu psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Damit die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten erhalten bleibt und sie bis zum Eintritt in den Ruhestand „gesund“ arbeiten können, ist eine qualitativ hochwertige Gesundheitsförderung unverzichtbar. Das bedeutet, dass neben der klassischen ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung und dem Arbeitsschutz auch präventive Instrumente in das Gesundheitsmanagement Einzug halten müssen. Dazu zählen verhaltensorientierte Gesundheitsprogramme und eine aufsuchende Gesundheitsberatung, die die Beschäftigten trotz Arbeitsintensivierung und Leistungsdruck sensibilisieren, auf ihre Gesundheit zu achten.

Der Landesfrauenvorstand setzt sich für diese Zielperspektiven nachdrücklich ein.



Attraktivität des Polizeiberufs stärken

2005 ist die schwarz-gelbe Regierungskoalition in NRW mit dem Versprechen angetreten, mehr für die innere Sicherheit und die Attraktivität des Polizeiberufs zu tun. Eingelöst hat sie von dem Versprechen nichts. So sieht das zumindest die Junge Gruppe in der GdP, der alle GdP-Mitglieder bis 30 Jahre angehören, der Polizeinachwuchs also. „Die Erhöhung der Neueinstellungszahlen auf 1100 ist viel zu spät erfolgt“, schreibt Denis Grindel, amtierender Vorsitzender der Jungen Gruppe, in der aktuellen Ausgabe von liv(f)e, dem Newsletter des Landesjugendvorstands der GdP. Die Folge: Wachfrei sei für die meisten Kolleginnen und Kollegen in den Einsatzhundertschaften inzwischen ein Fremdwort. Zudem seien für die Jüngeren bei der Polizei die Karrierewege verbaut. In vielen Behörden sei es „so gut wie unmöglich, aus dem Wachdienst in andere Direktionen zu wechseln“, kritisiert die Junge Gruppe.

Kein Wunder, dass die „Aufstiegchancen bei der Polizei“ eines der zentralen Themen sein werden, die die Vertreter der Jungen Gruppe auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 16. und 17. Oktober in der Sportschule Kaiserau in Kamen diskutieren werden. Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte wird ein weiteres Schwerpunktthema auf der Konferenz sein. In einem Leitantrag dazu heißt es: „Die Gewalt gegenüber Polizei- und Vollstreckungsbeamten hat ein Ausmaß erreicht, das ein unverzügliches Handeln unverzichtbar macht.“ Wie auch der Landesbezirksvorstand der GdP tritt die Junge Gruppe für die Einführung einer Mindeststrafe bei Gewaltübergriffen auf Polizeibeamte ein. Damit solle verhindert werden, dass Angriffe auf Polizisten von Gerichten weiterhin oft nur als Bagatelldelikte geahndet werden. Eine Mindeststrafe sei zudem wesentlich zielführender als die von einigen Politikern geforderte Heraufsetzung der Höchststrafe.

Neben der inhaltlichen Debatte steht der persönliche Kontakt und der Austausch der eigenen Berufserfahrung im Mittelpunkt der zweitägigen Konferenz. Zudem wird wie bei den Senioren und den Frauen auch in der Jungen Gruppe der Landesvorstand neu gewählt werden.

Wir sind die GdP



Seit Monaten stehen die Mitglieder des GdP-Bezirks Düsseldorf mit ihrer Mahnwache vor dem nordrhein-westfälischen Landtag. Immer wieder erinnern Polizeibeamte aus ganz NRW, aus Düsseldorf und Neuss, aus Wuppertal und Essen und vom LKA an den Plenartagen des Parlaments Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) an seine Zusage, dass in diesem Jahr der Abschluss für die Tarifbeschäftigten eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. „Ohne jeden Abstrich“, wie Rüttgers immer wieder versprochen hat. Doch Rüttgers will sein Versprechen brechen. Monat für Monat zieht die Landesregierung bei den Beamten 20 Euro von der Tarifierhöhung ab. Und dabei soll es nach dem Willen von Rüttgers auch bleiben, wenn der Landtag im Oktober endgültig die Übernahme des Tarifiergebnisses für die Beamten beschließen wird. Denn bislang wird ihnen die Tarifierhöhung nur im Vorgriff auf den zu erwartenden Parlamentsbeschluss gezahlt. Abzüglich der 20 Euro.

„Uns geht es nicht um die 20 Euro, die uns Monat für Monat vorenthalten werden“, sagt der Düsseldorfer GdP-Vorsitzende Harald Walter über die Mahnwache, „sondern es geht uns um den fehlenden Respekt.“ Die GdP fordert, dass endlich Schluss sein muss, mit den ständigen Einkommenskürzungen bei der Polizei. „Wer uns wie Rüttgers Monat für Monat 20 Euro vom Gehalt abzieht, um woanders Haushaltslöcher zu stopfen, verhält sich nicht nur würdelos, sondern er zeigt auch, dass er die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat“, bedauert der Düsseldorfer GdP-Vorsitzende.

GdP aktiv

1. 10., „Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei – Anspruch und Wirklichkeit“, Verkehrs-Forum des GdP-Landesbezirks NRW, Düsseldorf

5. 10., Doko-Turnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, ab 17.00 Uhr Gaststätte Stammhaus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, Essen. Anmeldung: GdP-Büro, Tel.: 02 01/8 29-24 80,

E-Mail: h.mueller@gdp-essen.de

6. 10., Hauptversammlung der Kreisgruppe Gelsenkirchen, mit Vorstandswahlen, 14.00 Uhr, Gaststätte Heiner's, Am Burgapark 1d.

7. 10., „GdP-Frauen – Die beste Verbindung“, Landesfrauenkonferenz, Dortmund

13. 10., „Mit uns sicher in die Zukunft!“, Landessenorenkonferenz, Münster

16/17. 10., „Die Zukunft sind wir“, Lan-

desjugendkonferenz, Sportschule Kaiserau, Kamen

28. 10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe PP Dortmund – Autobahnpolizei, 15.00 Uhr, Polizeipräsidium Hagen, Hoheleye 3, Hagen, Raum 132.

28. 10., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Siegburg, 18.00 Uhr, Gaststätte Bonner Hof, Siegburg

29. 10., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Coesfeld, um 17 Uhr, St. Barbara-Haus, Kappellenweg 75, Dülmen, Tel.: 0 25 94/24 23.

3. 11., Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der Kreisgruppe Heinsberg, Gaststätte Sodekamp-Dohmen, Hückelhoven-Hilferath, Breite Straße 3

9. 11., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, Kantine des Polizeipräsidiums Dortmund



Erreichbarkeit nur am Tag reicht nicht

81 Menschen wurden in NRW im vergangenen Jahr durch Alkohol im Straßenverkehr getötet. Trotzdem könnten alko-

holisierte Autofahrer in Zukunft straffrei bleiben, zumindest in den Nachtstunden. Verantwortlich für diese paradoxe Situation ist ein Urteil des OLG Hamm zum Richtervorbehalt: In dem Mitte August ergangenen Urteil hatten die Hammer Richter eine Hausdurchsuchung wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz für rechtswidrig erklärt, weil die zuständige Polizeibehörde die Hausdurchsuchung ohne richterliche Erlaubnis vorgenommen hatte. Die bisherige Polizeipraxis, bei nicht Erreichbarkeit des zuständigen Gerichts wegen Gefahr im Verzug eigenmächtig tätig zu werden, verstößt nach Meinung des OLG Hamm gegen das Grundgesetz. Sollten sich auch andere Gerichte dieser Rechtsauffassung

anschießen, hätte das auch Auswirkungen auf Alkoholkontrollen im Straßenverkehr. Denn gerade nachts, wenn besonders viel getrunken wird, sind die meisten Gerichte in NRW nicht erreichbar.

GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hat deshalb Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) aufgefordert, unverzüglich für eine durchgehende Erreichbarkeit der Gerichte zu sorgen. „Die Polizeibeamten müssen sicher gehen, dass sie zu jeder Tages- und Nachtzeit einen Richter erreichen, wenn das zur Verfolgung einer Straftat erforderlich ist“, erklärte Richter. „Die Polizeibeamten laufen sonst Gefahr, dass sie die zur Strafverfolgung notwendigen Maßnahmen nicht vornehmen können. Das ist in einem Rechtsstaat ein unhaltbarer Zustand.“

Anzeige

Laber für ästhetisch-funktionellen Zahnersatz



Schöne Zähne - mehr Lebensfreude

Jörg Langshausen
Zahntechnik GmbH
Taubenstraße 12 · 40479 Düsseldorf
Telefon: 02 11- 8 28 53 42
Fax: 02 11- 51 36 93 83
Mobil: 01 78 - 9 24 27 62
E-Mail: j.langshausen@online.de

10% Rabatt auf Privatleistungen bei feststehendem Zahnersatz für Polizeibedienstete. Info und Beratung.

Die GdP gratuliert zum

90. Geburtstag

- 8. 10. Erwin Bache, Krefeld
- 9. 10. Charlotte Schwarze, Bielefeld
- 10. 10. Johann Dewitt, Düren
Leo Erven, Aachen
- 15. 10. Heinz Schnöring, Remscheid
- 16. 10. Johanna Schumacher, Köln
- 24. 10. Heinz Dusen, Nettetal
- 25. 10. Friedrich Jahn, Horn-Bad Meinberg
- 26. 10. Gisela Passmann, Essen
- 27. 10. Heinrich Jansen, Düsseldorf
Willi Poussin, Krefeld
- 28. 10. Christian Brass, Bergisch-Gladbach, Katharina Kneip, Overath
- 30. 10. Mathilde Lammers, Ochtrup

91. Geburtstag

- 5. 10. Charlotte Majert, Essen
- 16. 10. Erwin Zühlke, Schneverdingen
- 28. 10. Erich Kruse, Wuppertal

92. Geburtstag

- 5. 10. Grete Klingen, Bottrop
- 27. 10. Otto Zils, Köln
- 28. 10. Hans Lingen, Köln

93. Geburtstag

- 5. 10. Albert August Müller, Kamen
Elfriede Theumer, Bochum
- 17. 10. Hildegard Roth, Dorsten

94. Geburtstag

- 8. 10. Peter Marx, Frechen
- 10. 10. Meta Sauer, Dortmund
- 12. 10. Wilhelm Hetzler, Bochum
- 15. 10. Else Vierboom, Bochum
- 23. 10. Anna Eichler, Kalkar
- 27. 10. Karl Röhrkass, Wuppertal

95. Geburtstag

- 5. 10. Margarethe Oestreicher, Köln
- 7. 10. Helene Pastors, Bergatreute
- 13. 10. Rudi Rumpel, Wuppertal
- 14. 10. Hubert Ramjoie, Aachen
- 31. 10. Kurt Reh, Bonn

96. Geburtstag

- 21. 10. Heinrich Lange, Lohmar
- 29. 10. Johanna Lonken, Wuppertal

97. Geburtstag

- 8. 10. Luise Schauch, Stolpen

98. Geburtstag

- 25. 10. Sophie Jäger, Hagen
- 29. 10. Käthe Manzke, Lüneburg

99. Geburtstag

- 3. 10. Heinrich Alt, Köln
Katharina Nickel, Pulheim
- 6. 10. Wilhelm Lehmann, Düren

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.), Konny Wolf
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe ist der 9. Oktober.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**

in Kurzfassung - Oktober 2009



Landesseniorenfahrt 2010 8 Tage Donaukreuzfahrt mit der MS Fidelio Passau - Budapest - Passau 3. - 10. Mai 2010



Entlang der Donau führt diese Kreuzfahrt zu den vier berühmten Städten Passau, Wien, Bratislava und Budapest sowie durch die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erhobene Wachau mit dem malerischen Krems und dem imposanten Stift Melk.

Eingeschlossene Leistungen:

Busfahrt nach Passau und zurück (Zone 1) inklusive Mittagessen und Freigetränk (Zonen 2 und 3 gegen Aufpreis), Kreuzfahrt in einer Außenkabine der gebuchten Kategorie, Vollpension, Begrüßungs- und Abschiedscocktail mit dem Kapitän, Kapitän's-Dinner, nico tours Kreuzfahrtleitung und deutschsprachige örtliche Reiseleitung, Unterhaltungsprogramm an Bord, kostenlose Nutzung des Wellnessbereiches mit Sauna, Whirlpool und Fitnessgeräten, Swimmingpool auf dem Sonnendeck, alle Schifffahrtsgebühren, Gepäckbeförderung Schiffsanlegestelle - Schiffskabine und zurück, GdP-Reisebegleitung

Frühbucherpreis bis 30.11.2009 in einer 2-Bett Kabine

ab € 799,-

Ausflugspaket vorab zubuchbar

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de

Neuwahlen in Düren

Auf Antrag der GdP-Fraktion hat der Dürener Personalrat am 8. September seine Auflösung beschlossen. Hintergrund des Schrittes ist eine von der Dürener DPoIG/BDK-Koalition eingereichte Klage gegen das Ergebnis der Personalratswahl 2008. In der Wahlausschreibung und auf den Stimmzetteln war die Beschäftigungsstelle des Spitzenkandidaten der GdP mit Personalrat bezeichnet worden. Zudem stand auf den Stimmzetteln für die Tarifbeschäftigten das Wort Beamte.

Das Verwaltungsgericht Aachen hatte darin einen Formfehler gesehen. Weil nicht absehbar ist, wann das OVG Münster über einen dagegen eingereichten Widerspruch entscheiden wird, hat die GdP jetzt den Weg für Neuwahlen freigegeben.

Die GdP will damit erreichen, dass sich auch in Zukunft der Blick der Personalratsarbeit „weiter auf die wichtigen Sachthemen und den Einsatz für die soziale Gerechtigkeit konzentriert“, erklärte der Dürener GdP-Vorsitzende Michael Undorf.



Ausgezeichnet waren Wetter und Stimmung bei der „Schlagermove Bootsparty“ auf dem Rhein, zur der die GdP-Service GmbH Mitte August GdP-Mitglieder und deren Freunde eingeladen hatte. Ein Erfolg, der angespornt: Unter dem Titel „GdP come together“ sollen 2010 weitere Events folgen. Mehr Infos gibt es in Kürze unter: www.gdp-reiseservice.de

Werbeaktion 2009

Glücksnummern des Monats

45 17316
Torben Terspecken, Düsseldorf
45 17364
Peter Borrach, Hochsauerlandkreis
45 17326
Ronny Moonen, Viersen
45 17368
Marcus Gronheid, IAF Selm

Die Gewinner erhalten ein Sudoku- und Kakuro-Spiel.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

6. Oktober, Herbstwanderung mit Waldführung und Sägewerksbesichtigung, 13.00 Uhr, Stolberg-Zweifall, Parkplatz Solbachtal

Kreisgruppe Bochum

9. Oktober, Busfahrt nach Cochem, mit Weinprobe und Schifffahrt, Anmeldung: Herbert Weber, Tel.: 02 34/30 80 48

Kreisgruppe Bonn

20. Oktober, Klön-Nachmittag, 14.30 Uhr, großer Sitzungssaal des PP Bonn, Anmeldungen: Tel.: 02 28/15 10 52

Kreisgruppe Düsseldorf

10. Oktober, Treffen der Einsatzreservisten Färberstraße, 10.00 Uhr, Brauerei Schumacher, Oststraße 123, Düsseldorf, Anmeldung: Manfred Kieselbach, Tel.: 0 21 04/3 19 02

Kreisgruppe Soest

26. Oktober, Seniorenstammtisch, 15.00 Uhr, Stadtparkcafe Soest, Im Stadtpark 1

Kreisgruppe Wuppertal

13. Oktober, Vortrag Referat VK-Vorbeugung, Polizeiwache Wuppertal-Langerfeld (Hintereingang), Schwelmer Str. 15a

NACHRUF

Bednarz, Willi	10. 11. 1935	Unna	Oesterreich, Johanna	12. 3. 1920	Krefeld
Bliersbach, Gertrud	1. 4. 1921	Mönchengladbach	Olszewski, Horst	28. 7. 1932	IAF Selm
Fuhren, Leo	4. 1. 1937	Aachen	Peichl, Evemarie	24. 2. 1934	Wesel
Gittel, Emilia	2. 9. 1910	Mettmann	Ritter, Erika	25. 6. 1941	Bochum
Hirt, Robert	17. 9. 1918	Mönchengladbach	Rüther, Hans	16. 8. 1923	Paderborn
Kirsch, Werner	31. 1. 1934	Borken	Schlößer, Martha	26. 9. 1912	Essen
Köhler, Manfred	28. 7. 1939	Wuppertal	Schwartz, Walter	30. 7. 1931	Aachen
Kohls, Margarete	30. 8. 1915	Bottrop/Gladbeck	Tarrach, Gerhard	31. 7. 1936	Herford
Kreuzer, Helga	10. 2. 1937	Rheinisch	Tillmann, Karl	14. 3. 1926	Unna
		Bergischer Kreis	Tomkowitz, Hanna	10. 2. 1919	Dortmund
Kropp, Heinrich	17. 1. 1922	Dortmund	Uhlenbruch, Katharina	17. 6. 1918	Wesel
Kutzera, Gertrud	15. 11. 1919	Gelsenkirchen	Vester, Hildegard	12. 10. 1919	Bonn
Lange, Egon	3. 11. 1922	Bielefeld	Voosholz, Karl-Heinz	27. 10. 1921	Münster
Miethke, Margarete	10. 2. 1922	Borken	Vorberg, Ingeborg	17. 12. 1921	Dortmund
Müller, Josef	16. 6. 1914	Dortmund			

